Konrad-Adenauer-Stiftung

Politischer Kurzbericht

Chinas Wirtschaft zur Jahresmitte 2004

Länderbüro China
Peking, Juli 2004

---

1. Allgemeine Wirtschaftslage[1]

Die chinesische Wirtschaft kann seit dem Beginn des Reform- und Öffnungsprozesses im Jahr 1978 mit beeindruckenden Wachstumszahlen aufwarten. Nach den negativen Auswirkungen der Asienkrise im Jahr 1997 ist das BIP zwischen 1998 und 2003 – ohne merklich von der Seuche SARS beeinflusst zu werden - im Jahresdurchschnitt um 8,00 % gestiegen; im Jahr 2003 lag die Steigerungsrate bei 9,1 %. Hauptmerkmal der Entwicklung ist ausweislich chinesischer Experten hierbei zunächst die fortschreitende Industrialisierung des Landes, die sich in einem rasanten Bedeutungszuwachs des sekundären Sektors (53 %) zulasten des primären Sektors (15 %) sowie in einer schnellen Entwicklung des tertiären Sektors (32 %) ausdrückt. Am Wachstum des sekundären Sektors hat die Schwerindustrie einen besonders hohen Anteil, der in den letzten Jahren noch gestiegen ist: Lag der Anteil der Schwerindustrie an der industriellen Wertschöpfung 1998 bei 60,2 %, ist er für das Jahr 2003 nunmehr auf 64,3 % angestiegen. Als Gründe hierfür werden von Experten zum einen globale industrielle Standortverlagerung nach China, vor allem aber die Änderung der Inlandsnachfrage (Bauwerke, Automobilbau) angeführt.

Weiteres Kennzeichen der Entwicklung ist das Bestreben von staatlicher Seite, den Anteil an Staatsbetrieben zugunsten privatwirtschaftlicher Betätigung zu

---

[1] Vgl. für aktuelle Daten Homepage des chinesischen Wirtschaftsministeriums, http://english.mofcom.gov.cn.

reduzieren, wobei jedoch mit einem Anteil an Staatsunternehmen von 53 % im Landesdurchschnitt immer noch ein weiter Weg zu gehen ist. China wird daher wohl innerhalb der WTO noch zurecht der Status einer Marktwirtschaft verweigert[2].

Die Außenwirtschaftszahlen Chinas, welches 2001 der WTO beigetreten ist, weisen auf eine zunehmende internationale Verflechtung des Handels hin. Von 1998 bis 2003 stieg das Gesamtvolumen des chinesischen Im- und Exports um durchschnittlich 17,4 % pro Jahr, mit einem Volumen in der ersten Hälfte des Jahres 2004 von mehr als 500 Mrd. USD (mehr als das Gesamtjahresvolumen für 2001). Dies ist in nicht unwesentlichem Umfang auf das Engagement ausländischer Firmen in China zurückzuführen, das mit der Gründung zahlreicher *Joint Ventures* einhergeht. Allein im ersten Halbjahr 2004 stiegen die ausländischen Direktinvestitionen (ADI) um 11,99 % im Vergleich zum Vorjahr, in absoluten Zahlen betrugen sie 33,9 Mrd. USD. Hinsichtlich der wirtschaftlichen Eckdaten sowie ihrer Bewertung kann unverändert auf den Bericht von *Stefan Friedrich* vom August 2003 Bezug genommen werden, auf den ausdrücklich verwiesen wird[3].

2. Problembereiche

Die Wirtschaftszahlen dürfen jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, das China ein Land im Umbruch ist, gekennzeichnet durch einen tiefgreifenden wirtschaftlichen Wandel von einer staatlichen Planwirtschaft hin zu einer - hier „sozialistisch“ genannten – Marktwirtschaft mit entsprechenden Auswirkungen auf das wirtschaftliche und soziale Gefüge. In diesem Zusammenhang können folgende Problembereiche angesprochen werden, die letztendlich immer auf strukturelle Defizite zurückzuführen sind:

a. Überhitzung der Wirtschaft

Aktuellstes kurzfristiges Problem ist die drohende Überhitzung der Wirtschaft, die in den letzten vier Quartalen bis einschließlich des ersten Quartals 2004 – nach offiziellen Angaben - um annähernd 10 % gewachsen ist, bei einem jährlichen Anstieg des Verbraucherpreisindex

---

[2] Aus wirtschaftspolitischen Gründen sowie aus Image-Erwägungen ist China auf dieses Prädikat besonders bedacht, vgl. *„EU ruling on China's market status ‚unfair'“*, China Daily v. 30.6.2004; *"Bo Xilai: China deserves market economy status"*, China Daily v. 25.6.2004.

[3] *Stefan Friedrich*, Chinas Aufstieg zur globalen Wirtschaftsmacht: Bedrohung oder Chance für Asien?, Politischer Kurzbericht, Shanghai 2003.

von 4,4 % im Mai[4] und 5 % im Juni[5] sowie einem Anstieg der Geldmenge um 19,1 % für 2003[6]. Auslöser hierfür ist vor allem das Wachstum in der Bauwirtschaft und im Automobilbau. So verbrauchte China im Jahr 2003 weltweit 27 % des Eisenerzes und 40 % des Zements[7]. Ziel der Wirtschaftsstrategen in der chinesischen Regierung ist es nun, das Wachstum graduell abzubremsen, um eine sog. „harte Landung" zu verhindern, die im übrigen auch erhebliche Auswirkungen auf das weltweite Wirtschaftswachstum haben dürfte – so betrug Chinas Anteil am Wachstum der Weltwirtschaft in 2003 17 %. Zu diesem Zweck hat die chinesische Zentralbank die Pflichteinlagen der vier großen staatlichen Geschäftsbanken, die einen Marktanteil von 70 % bis 80 % haben (Bank of China, China Construction Bank, Industrial and Commercial Bank of China, Agricultural Bank of China), zuletzt von 6 % auf 7 % erhöht und gefordert, keine neuen Stahl-, Aluminium- und Zementfabriken mehr zu finanzieren[8]. Im Mai wurden die Banken darüber hinaus angewiesen, bis Ende des Monats keinerlei Kredite zu vergeben. Zudem wird diskutiert, den Zinssatz zu erhöhen, der zur Zeit für Sparguthaben bei niedrigen 1,98 % p.a. liegt[9]. Dies hätte allerdings u.a. negative Auswirkungen auf die teilweise hoch verschuldeten Staatsbetriebe[10]. Nach den neuesten offiziellen Zahlen, die im zweiten Quartal eine leichte Abschwächung des Wirtschaftswachstums von 9,8 % auf 9,6 % signalisieren[11], haben die bisherigen Maßnahmen der Regierung jedoch bereits gegriffen. Auch nach Meinung der meisten ausländischen Experten ist die angestrebte „weiche Landung" möglich oder sogar wahrscheinlich[12]. Dennoch ist es nach Ansicht der Fachleute auf Dauer unausweichlich, dass China Strukturen für eine marktwirtschaftsbezogene Einflussnahme entwickelt und zu deren

---

[4] Vgl. *„Cooling measures taking effect"*, China Daily v. 9.7.2004.
[5] Vgl. *„Quarterly growth slowing slightly"*, China Daily v. 17./18.7.2004.
[6] Vgl. *„China: When hot turns sour"*, CNN Money v. 19.5.2004, http://money.cnn.com/2004/05/19/markets/china/.
[7] Vgl. *„China's Economy Signals Move Toward Moderation"*,The Asian Wall Street Journal v. 11.6.2004.
[8] Vgl. *„China bremst sich ab"*, Die Welt v. 14.7.2004.
[9] Vgl. *„Experts hold mixed views over need to raise interest rate"*, China Daily v. 21.6.2004.
[10] Vgl. *„Chinese Prices Rise at Fastest Pace in 7 Years"*, The Asian Wall Street Journal v. 14.6.2004.
[11] Vgl. *„Quarterly growth slowing slightly"*, China Daily v. 17./18.7.2004.
[12] Vgl. *„China Can Avert a Hard Landing"*, The Asian Wall Street Journal v. 8.6.2004; *„China: When hot turns sour"*, CNN Money v. 19.5.2004, http://money.cnn.com/2004/05/19/markets/china/.

Gunsten auf administrative Maßnahmen sowie politische Druckmittel verzichtet, welche die Gefahr des Irrtums und der Beliebigkeit in sich bergen und daher an den Finanzmärkten kein Vertrauen schaffen. Mit der oben genannten Erhöhung der Mindesteinlagemenge hat sich die chinesische Regierung zwar – wie gefordert - des Mittels der Geldpolitik bedient, dieses allerdings ergänzt durch das administrative Verbot der Kreditvergabe, das – entgegen den Gesetzen des Marktes – wirtschaftlich erfolgreiche wie unerfolgreiche Unternehmen gleichermaßen betrifft und daher möglicherweise gesunde Wirtschaftstätigkeit „abwürgt".

b. Überschuldung der Banken

Teil des Problems der Überhitzung ist die gegenwärtig zu große Liquidität in der chinesischen Wirtschaft, die nicht zuletzt auf großzügig verteilte Bankkredite zurückzuführen ist[13]. Als Gründe hierfür werden eine zu laxe Handhabung der Geldpolitik allgemein, aber auch Interessengemeinschaften zwischen Banken, Politikern und Industriellen genannt, die mit dem Ziel einer kurzfristigen Schaffung von Arbeitsplätzen auf Dauer nicht überlebensfähige Industrien gründen[14]. Nach Auffassung einiger Experten steuert China damit möglicherweise sogar auf eine Schuldenkrise des Staates insgesamt zu[15]. Die Staatsverschuldung beträgt nach vorsichtiger Schätzung zwar nur 20 bis 30 % des BIP bei einer Auslandsverschuldung von nur einem Drittel der Zentralbankreserven von 450 Mrd. USD, hinzu kommen aber staatlich garantierte „faule" Kredite der chinesischen Banken von etwa 40 – 50 % des BIP. Zusammen mit einer „harten Landung" könnte die Staatsverschuldung noch zunehmen. Als kritisch stellt sich hierbei die direkte Korrelation zwischen uneinbringbaren Forderungen der Banken und Kreditwürdigkeit des Staates dar.

c. Immobilienboom

Der Immobilienboom der letzten Jahre ist Mitursache sowohl für die Überhitzung der Wirtschaft wie auch für zahlreiche faule Kredite, da

---

[13] Vgl. *„China Can Avert a Hard Landing"*, The Asian Wall Street Journal v. 8.6.2004.
[14] Vgl. *„China Cools Growth, New Woes Appear"*, The Asian Wallstreet Journal v. 14.7.2004.
[15] Vgl. hierzu und im folgenden *„China's Facing a Debt Crisis…"*,The Asian Wall Street Journal v. 7. bis 9.5.2004.

Landentwickler in den Ballungsgebieten hier in den letzten Jahren hemmungslos Bauwerke aus dem Boden gestampft haben. Mit den Maßnahmen der Regierung zur Bremsung des Wirtschaftswachstums wird den Investoren nun zunehmend der Geldhahn abgedreht. Da sich die diese zu 72 % bis 90 % über Bankkredite finanzieren, steht zu erwarten, dass zwei Drittel der mehr als 10.000 Unternehmungen in den nächsten 5 Jahren nicht überleben werden[16]. Noch offen ist, ob hierdurch die Immobilienpreise mittelfristig hochgehalten werden können. Jedenfalls konnten die ersten fünf Monate diesen Jahres einen Rückgang des Wachstums verzeichnen, der sich positiv auf die Überhitzung der Wirtschaft in den Bereichen Stahl und Zement (s.o.) auswirkte.

d. Arbeitslosigkeit

Mittelfristig problematisch ist die nicht unerhebliche Arbeitslosigkeit, die sich zu einem größeren gesellschaftlichen Problem auswachsen kann. Auch wenn in den städtischen Ballungsgebieten zahlreiche Arbeitsplätze geschaffen wurden – nach offiziellen Statistiken wuchsen die Beschäftigungszahlen zwischen 1998 und 2002 von 706 auf 737 Mio. -, wachsen diese doch mit nur durchschnittlich 1 % pro Jahr deutlich schwächer als die Wirtschaft insgesamt. Dies ist darauf zurückzuführen, dass auch China trotz seines gewaltigen Potentials an billigen Arbeitskräften im Zuge der Globalisierung gezwungen ist, die Produktivität zu steigern, um wettbewerbsfähig zu bleiben und ein kontinuierliches weiteres Wirtschaftswachstum zu gewährleisten[17]. So gibt es beispielsweise in der Computerbranche schon Abwanderungen von China in das Billiglohn-Land Vietnam. Schon jetzt hat sich in dem o.g. Zeitraum die – registrierte – Arbeitslosigkeit in den Städten von 3 % auf 4 % (10 Mio.) erhöht, obwohl zur selben Zeit dort 24 Mio. neue Arbeitsplätze geschaffen worden sind. Unabhängige Forscher schätzen die verdeckte Arbeitslosigkeit unter Einschluss des ländlichen Raumes sogar auf 23 %. Dies birgt gerade dann die Gefahr sozialer Unruhen in sich, wenn auf der anderen Seite eine reiche Mittelschicht zu Wohlstand kommt und diesen - wie in den Städten zu beobachten - zur Schau stellt.

---

[16] Vgl. *„Hot Property Cools Down“*, Beijing Review v. 17.7.2004.
[17] Vgl. hierzu und den folgenden Daten *„China's Rising Unemployment Challenge"*, The Asian Wall Street Journal v. 7.7.2004.

e. Soziale Sicherung

Wichtiges mittelfristiges Strukturproblem stellen auch die sozialen Sicherungssysteme dar, die bislang überwiegend von den kleinen und großen Staatsbetrieben (*danwei*) getragen wurden. Im Hinblick auf deren Privatisierung bzw. Überschuldung steht die Regierung vor der Herausforderung, neue, unabhängige Sicherungssysteme zu schaffen. Zu diesem Zweck laufen in den nordöstlichen Provinzen Pilotprojekte. Gänzlich ohne Sicherung stehen bislang mehr als 96 % der Wanderarbeiter da, deren Zahl noch offiziellen Angaben 99 Mio. beträgt[18]. Problematisch ist nicht nur die Implementierung von Kranken- und Alterssicherungssystemen durch die Provinzregierungen, sondern auch die fehlende Akzeptanz der Bevölkerung, die staatlichen Maßnahmen misstraut, die zunächst Geld kosten und erst für die Zukunft Leistungen versprechen.

f. Regionale Disparitäten

Problematisch sind weiterhin die regionalen Disparitäten. Dies gilt zum einen für das Gefälle zwischen Ost und West[19]. Nach Beginn der Reformen haben sich die Entwicklungsunterschiede zwischen den östlichen Küstenprovinzen und der Westregion deutlich verstärkt; das Pro-Kopf-BIP im Osten beträgt das Dreifache des Pro-Kopf-BIP im Westen. Auch das Einkommen der Einwohner in den westlichen Städten beträgt nur 70 % des Einkommens, welches in den Städten des Ostens erzielt wird, bei der Landwirtschaft sind es sogar nur 50 %. Gründe hierfür sind geographische Lage, Infrastruktur, Abnahme der Transferleistungen nach Beginn der Reformen und die politische Präferenz für den Osten, auch wenn durch die Wanderarbeiter viel privates Geld nach Westen fließt. Auch die ausländischen Investoren konzentrieren sich seit den 90er Jahren des letzten Jahrhunderts auf den Osten; im Jahr 2000 sind beispielsweise zwanzigmal mehr ausländisches Kapital im Osten als in den Westprovinzen investiert worden. Seit 1999 besteht ein Programm der chinesischen Führung zur Förderung des Westens, insbesondere durch Investitionen in die Infrastruktur. Dennoch ist die Region im Hinblick auf Produktivität, Technisierung und Verstädterung immer noch unterentwickelt. Weiteres

---

[18] Vgl. *„Social security plan has long way to go"*, China Daily v. 20.5.2004.
[19] So die Ergebnisse der Internationalen Fachtagung der Konrad-Adenauer-Stiftung *„Soziale Marktwirtschaft und harmonische Entwicklung"*, Peking 2004.

Sorgenkind ist der sogenannte *„Rust Belt“*. Von den drei nordöstlichen Provinzen Jilin, Heilongjiang, Liaoning, die lange unter russischer bzw. japanischer Vorherrschaft standen, ging nach 1949 die Industrialisierung Chinas aus. Dort befinden sich 10 % aller Staatsbetriebe, darunter wichtige Industriezweige wie Anlagenbau, Petrochemie, Stahlproduktion, Schiffs- und Automobilbau. Die Struktur der Schwerindustrie ist aufgrund des Einflusses der Planwirtschaft veraltet; der Anteil der Staatswirtschaft in den drei Provinzen liegt zwischen 64 und 88 %. Zudem leidet der Nordosten unter hoher Arbeitslosigkeit, einem Mangel an sozialer Absicherung, Ressourcenerschöpfung und faulen Krediten. Nicht zuletzt unter dem Eindruck immer wieder aufflackernder sozialer Proteste hat die Regierung eine Leitungsgruppe unter Premierminister *Wen Jiabao* gebildet, die seit Anfang 2004 eine Revitalisierung des Nordostens anstrebt.

g. Umwelt

Langfristig problematisch stellt sich die mit der Industrialisierung einhergehende hemmungslose Zerstörung der Umwelt und die Ausbeutung der natürlichen Ressourcen (hierzu siehe unten) dar. Da sich die Leistungsfähigkeit der Provinzen – und damit verbunden das Ansehen bei der Zentralregierung – bisher ausschließlich nach dem BIP bemisst, wird auf Nachhaltigkeit und Wirtschaftlichkeit in Bezug auf Ressourcenverbrauch nicht hinreichend Gewicht gelegt[20]. So werden nur 10,6 % des Hausmülls ordnungsgemäß beseitigt, und der größte Teil des Wassers der sieben größten Flüsse Chinas ist so stark verschmutzt, dass es nicht mehr genutzt werden kann. Auch gibt es eine zunehmende Belastung durch sauren Regen. Zwar existiert seit 12 Jahren eine „Strategie für nachhaltige Entwicklung“, diese ist jedoch seitdem nur unzulänglich implementiert worden. Die staatliche Umweltschutzbehörde erwägt nun, den Mißständen durch Einführung eines „grünen BIP“ abzuhelfen[21]. Inwieweit sich dadurch an dem generellen Bewusstsein in der Bevölkerung und bei den Industriekapitänen etwas ändert, ist jedoch mehr als zweifelhaft.

---

[20] Vgl. auch hierzu die Ergebnisse der Internationalen Fachtagung der Konrad-Adenauer-Stiftung *„Soziale Marktwirtschaft und harmonische Entwicklung“*, Peking 2004.

[21] Vgl. *„Highlighting green factor in economy”*, China Daily v. 20.7.2004.

h. Ressourcen

Zentrales strategisches Problem Chinas wird langfristig die Versorgung mit Rohstoffen sein, hierbei in erster Linie zur Energieerzeugung, da der wachsende Bedarf mit eigenen Ressourcen nicht gedeckt werden kann. Nach Berechnungen der IEA wird der Energiebedarf Chinas zwischen 2000 und 2020 um 90 % bis 152 % steigen[22]. Gründe hierfür sind die zunehmende Industrialisierung, der steigende Lebensstandard der Bevölkerung sowie die ineffiziente Nutzung der Energie, die 2,4 mal höher ist als der Weltdurchschnitt[23]. Bereits jetzt müssen von den benötigten ca. 1,5 Mrd. Tonnen Standardkohle an Energie etwa 30 % durch Ölimporte gedeckt werden[24]. Nichtsdestotrotz rechnet man in diesem Jahr mit einem Energiedefizit von mehr als 20 Mio. kW[25]. Im Sommer letzten Jahres hatte beispielsweise Shanghai innerhalb von 20 Tagen 54 Stromausfälle zu verzeichnen. In zahlreichen Provinzen ruft man daher die Bevölkerung auf, Energie sparsam einzusetzen. Natürliche Ressourcen – einschließlich Wasserkraft – sind nicht ausreichend vorhanden. Es gibt daher groß angelegte Pläne, den Bau von Kernkraftwerken voranzutreiben[26]. Derzeit wird der chinesische Bedarf an Energie nur zu 2,2 % (Weltdurchschnitt 16 %) von Kernkraft gedeckt. Dennoch wird China auf absehbare Zeit von Ölimporten abhängig bleiben. Die chinesische Führung blickt weiterhin mit großem Interesse auf die erdölfördernden Nachbarn in Russland und Zentralasien, aber auch auf die Golfregion, Afrika und Südamerika. Auch andere Schlüsselressourcen müssen zu einem signifikanten Teil importiert werden. Im Jahr 2003 wurden 44 % des Eisens, 58 % des Stahls und 30 % des Kupfers aus dem Ausland bezogen.

Fazit

Als Ergebnis lässt sich festhalten, dass die beeindruckenden Wirtschaftszahlen durch Hintanstellung der Lösung zahlreicher mit dem Erfolg einhergehender Probleme erkauft sind. Um das Wirtschaftswachstum nachhaltig zu gestalten, ist es dringend erforderlich, diese Probleme zu lösen. Dies ist der chinesischen

---

[22] Vgl. *„Power Trip“*, Beijing Review v. 1.7.2004.
[23] Vgl. auch hierzu die Ergebnisse der Internationalen Fachtagung der Konrad-Adenauer-Stiftung *„Soziale Marktwirtschaft und harmonische Entwicklung“*, Peking 2004.
[24] Vgl. *“Finding Fuel”*, Beijing Review v. 3.6.2004.
[25] Vgl. *„Power Trip“*, Beijing Review v. 1.7.2004.
[26] Vgl. *„A Nuclear Energetic Nation“*, Beijing Review v. 10.6.2004.

Führung – wie auch die meinungsbildenden Zeitschriftenartikel zeigen - durchaus bewusst. Abzuwarten bleibt, ob es gelingt, für China geeignete Maßnahmen zu entwickeln und vor allem zu implementieren. Hierzu ist es jedenfalls erforderlich, dass das chinesische Wirtschaftswunder weiter anhält.